

Mal hilfreich, mal kontraproduktiv

Konfrontative Proteste als Mittel für politische Veränderung

Kartoffelbrei auf Museumskunst, Straßenblockaden im Berufsverkehr – öffentlicher Protest zeigt sich immer wieder konfrontativ bis gewaltförmig. Die Gegenreaktionen auf der Straße und in den Medien sind heftig. Das legt den Schluss nahe, dass auf diese Weise Protestierende ihrer Sache keinen Gefallen tun. Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti analysieren Jahrzehnte von Protesten und die Ergebnisse eines Umfrageexperiments. Sie wollen wissen: Welche Protestform findet Akzeptanz?

Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti

Politische Veränderung ist ohne die langfristige Mobilisierung sozialer Bewegungen auf der Straße kaum denkbar. Auch in Deutschland ist dies so, denken wir nur an die Studentenbewegung von 1968, die Friedensdemonstrationen der 1980er-Jahre oder an die jüngsten Proteste rund um die Pandemie und den Klimawandel.

Aus Sicht all jener, die Menschen für ihr Anliegen gewinnen möchten, stellt sich dabei immer die Frage, ob Protest überhaupt ein geeignetes Mittel ist und welche Aktionsform zum gewünschten Erfolg führen kann. Die Protestforschung liefert hierzu aufschlussreiche Antworten. Charles Tilly arbeitete anhand historischer Analysen zu Frankreich und Großbritannien heraus, wie sich parallel zur Demokratisierung ein sogenanntes modernes Protestrepertoire herausgebildet hat. Sidney Tarrow zeigte, dass ein solches Protestrepertoire aus verschiedenen

Elementen besteht, die für unterschiedlichste Ziele und von ganz unterschiedlichen Gruppierungen eingesetzt werden können, von losen Formationen bis hin zu etablierten Akteuren wie Gewerkschaften oder politischen Parteien.

Diese moderne Protestpraxis folgt verschiedenen politischen Logiken, wie Veränderung erreicht werden soll. Abstrakt lassen sich drei Grundformen unterscheiden: eine Logik der großen Zahl, die auf umfassende Mobilisierung zielt; eine Logik des Zeugnisgebens, bei der symbolische Formen des zivilen Ungehorsams im Vordergrund stehen; und eine Logik des Schadens, die durch das Durchbrechen von Regeln und gewaltförmigen Aktionen Widerhall erzeugen möchte. Konkret spiegeln sich diese Logiken in demonstrativem, konfrontativem und gewaltsamem Protest wider.

Derzeit setzt insbesondere die Klimabewegung immer wieder den Fokus auf konfronta-

tivere Taktiken: Seit 2019 sind vermehrt aktivistische Gruppierungen wie Extinction Rebellion oder Letzte Generation zu beobachten, die nicht nur demonstrieren, sondern auch Straßen blockieren oder symbolische Angriffe auf Kunstwerke inszenieren und damit die öffentliche Debatte um deren Angemessenheit verschärfen. Um diese Entwicklungen besser zu verstehen, kann ein Blick auf die langfristigen Trends in Deutschland helfen. Hierfür bietet eine medienbasierte Protestereignisanalyse, die am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Forschungscluster „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA)“ durchgeführt wird, über die Jahrzehnte hinweg einen umfassenden Datensatz. Dabei werden Zeitungsartikel systematisch ausgewertet, um so die Häufigkeit und Ausrichtung von Protestereignissen von 1950 bis 2023 zu erfassen. Dieses Vorgehen kann naturgemäß nicht alle Aktionen vollständig abbilden, erlaubt aber belastbare und über Zeit vergleichbare Aussagen über medienwirksame Protestformen. Die Daten, an deren Aufbereitung neben den Autoren dieses Beitrags auch Sophia Hunger, Lennart Schürmann und mehrere studentische Mitarbeiter*innen beteiligt sind, zeigen, dass seit den 1970er-Jahren alle drei Protestkategorien – große, demonstrative Massenproteste, konfrontative Aktionen und politische Gewalt gegen Personen oder Sachen – durchgängig Teil der deutschen Protestlandschaft waren.



Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung von WZB und FU Berlin. Er widmet sich der Protest- und Radikalisierungsforschung im Rahmen des Projekts MOTRA vor allem aus textanalytischer Perspektive.
daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.



Swen Hutter ist Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung und Lichtenberg-Professor für Politische Soziologie an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von politischer Soziologie und vergleichender Politikwissenschaft. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung wird getragen vom WZB und der Freien Universität Berlin.
swen.hutter@wzb.eu

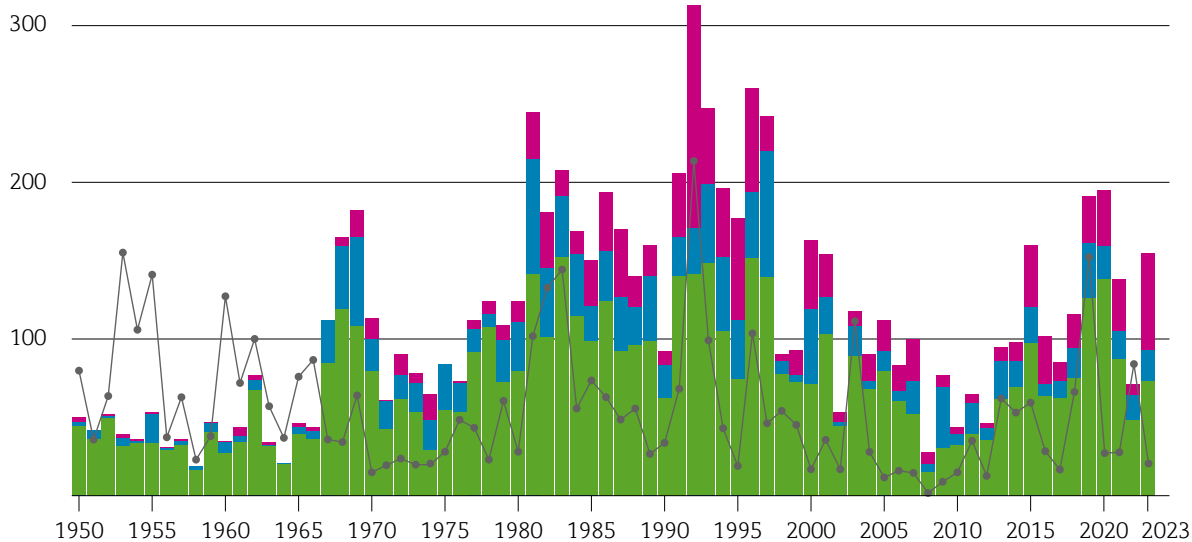
Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Aus der Abbildung lässt sich ablesen, dass sich die Zahl der Proteste zuletzt stark erhöht hat, während die Gesamtzahl der Teilnehmenden sinkt: Es findet mehr Protest in kleineren Gruppen statt. Ein großer Teil dieses Anstiegs wird durch politisch motivierte Gewalttaten verursacht, die mediale Aufmerksamkeit erzeugen, obwohl daran nur wenige Menschen beteiligt sind. Zugleich ist auffällig, dass sich im Themenfeld Umwelt und Mobilität besonders viele kleinere konfrontative Aktionen beobachten lassen, beispielsweise Straßenblockaden der Gruppe Letzte Generation. Diese werden in unserer Protestereignisanalyse zwar nicht als Gewalt klassifiziert, weil für diese Einstufung politisch motivierte Gewalt gegen Personen oder schwerwiegende Sachbeschädigung ausgeübt werden müsste. Dennoch sind die konfrontativen Aktionen zunehmend mit Gegenreaktionen verbunden, die ihrerseits gewaltsame Züge annehmen können.

„Es findet mehr Protest in kleineren Gruppen statt“

Angesichts der größeren Sichtbarkeit solcher Protestformen stellt sich die Frage, ob sie tatsächlich den beabsichtigten Effekt haben oder dem angestrebten Ziel eher schaden. Die Protestforschung kann hier keine eindeutige Ant-

Proteste in der Bundesrepublik Deutschland, 1950-2023



Die Säulen bilden die Anzahl der Protestereignisse pro Jahr ab, unterschieden nach Protestform.

● gewaltförmig ● konfrontativ ● demonstrativ

Die verbundenen Punkte — zeigen die Anzahl der Protestierenden (in 10.000).

Quelle: WZB ProtestMonitoring basierend auf der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung.

wort bieten, weil die Wirksamkeit konfrontativer Aktionen stark vom jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Kontext und von den Zielen der Bewegung abhängt. Relevant ist zudem, wie die breite Öffentlichkeit die Aktionen wahrnimmt. Konfrontative Proteste können die mediale Aufmerksamkeit erhöhen und gleichzeitig Ablehnung provozieren. Gerade im Bereich des Klimaschutzes argumentieren einige Politiker*innen und Kommentator*innen, konfrontative Aktionen könnten der Klimabewegung insgesamt schaden, weil Menschen sich stärker gegen die Sache an sich stellen, wenn sie die konkreten Aktionen ablehnen.

Um diese Fragen empirisch zu prüfen, wurde in den Jahren 2022 und 2023 ein Umfrageexperiment durchgeführt. Dabei wurden die Teilnehmenden einer repräsentativen Befragung per Zufallsprinzip unterschiedlichen Szenarien zugeordnet: Manchen wurde eine friedliche Demonstration geschildert, anderen konfrontative Protestformen wie das Beschmieren eines Kunstwerks oder das Blockieren einer Straße. Einer Kontrollgruppe wurde kein Protestszenario vorgeführt. Nach der Lektüre berichteten die Befragten, wie sie die Aktion einschätzten und ob sie die Forderung nach weiterreichendem Klimaschutz unterstützten. Das Ergebnis zeigt drei zentrale Befunde: Erstens werden

konfrontative Protestformen wie Angriffe auf Kunstwerke und Straßenblockaden deutlich negativer bewertet als friedliche Demonstrationen. Zweitens jedoch schlägt sich die Ablehnung konfrontativer Proteste nicht in einer verminderten Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen nieder. Im Gegenteil bleibt die Unterstützung klimapolitischer Ziele oder konkreter klimapolitischer Maßnahmen von der Protestform weitgehend unberührt. Drittens lösen friedliche Demonstrationen sogar eine höhere Zustimmung zu Klimaschutz aus als bei jenen Befragten, die nicht mit einem Protestszenario konfrontiert wurden. Das bedeutet, dass friedliche Demonstrationen tendenziell das Image und die Legitimität der Klimabewegung verbessern.

Diese Resultate sind allerdings nicht einheitlich über alle politischen Lager verteilt. Personen, die sich politisch rechts verorten, zeigen ohnehin die geringste Zustimmung zum Klimaschutz und lehnen Protestaktionen gleich welcher Art eher ab. Personen aus linken oder mittleren politischen Lagern bewerten konfrontative Aktionsformen zwar kritischer als friedliche, verringern dadurch jedoch nicht ihre allgemeine Unterstützung für Klimamaßnahmen.

Unsere Ergebnisse sind also eher kein Argument für die oft geäußerte Befürchtung, radikale Protestformen könnten die Akzeptanz für den Klimaschutz insgesamt untergraben. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass einige Studien aus den USA, etwa zu Black-Lives-Matter-Protesten, sogar andeuten, dass gewaltsamer Protest in bestimmten Situationen positive Effekte auf die Zustimmung zu liberalen Politiken haben kann.

„Ob wiederholte Störaktionen auf Dauer die Bereitschaft zum Dialog fördern oder die Fronten verhärten, bleibt eine offene Frage“

Das Bild ist uneinheitlich. Für den Klimaschutz in Deutschland aber lässt sich sagen, dass ein Rückstoßeffekt, der die Klimabewegung insgesamt schwächen würde, jedenfalls kurzfristig nicht nachweisbar ist. Bewegungen, die konfrontative Mittel nutzen, riskieren zwar, Teile ihrer Unterstützerbasis zu verprel-

len, erzielen aber oft eine erhöhte mediale Resonanz und erreichen damit eine Sichtbarkeit, die friedlichen Demonstrationen häufig verwehrt bleibt. Ob dies langfristig so bleibt, ob also wiederholte Störaktionen auf Dauer die Bereitschaft zum Dialog fördern oder die Fronten verhärten, bleibt eine offene Frage für zukünftige Forschung. Klar ist jedoch gerade beim Thema Klimawandel, dass die Mobilisierung möglichst vieler Akteure gelingen muss, damit zentrale Maßnahmen politisch umsetzbar werden.

Als Gesamteindruck bleibt, dass es keine einfache Formel für erfolgreiche Proteste und politische Veränderungen gibt. Unterschiedliche Protestformen entstehen aus unterschiedlichen Logiken und setzen verschiedene Hebel in Bewegung. In demokratischen Gesellschaften misst sich der Erfolg nicht nur an der direkten Wirkung auf politische Entscheidungsträger*innen, sondern auch daran, wie stark eine Bewegung langfristig Rückhalt in der Öffentlichkeit findet. Für engagierte Bürger*innen, in sozialen Bewegungen Aktive und politische Entscheidungsträger*innen bleibt die Frage daher weiter offen, wie sich gesellschaftliche Mehrheiten für große Herausforderungen am ehesten gewinnen lassen. ●

Literatur

Borbáth, Endre/Hutter, Swen: „Environmental Protests in Europe“. In: *Journal of European Public Policy*, 2024, S. 1-26. DOI: 10.1080/13501763.2024.2390701.

Olzak, Susan: „The Consequences of Violent and Non-Violent Black Lives Matter Protest for Movement Support“. In: *Mobilization: An International Quarterly*, 2024, Jg. 29, H. 3, S. 287-307.

Saldivia Gonzatti, Daniel/Hunger, Sophia/Hutter, Swen: *Environmental Protest Effects on Public Opinion: Experimental Evidence from Germany (Analysebericht)*. 2023. DOI: 10.31219/osf.io/5mb3u.

Tarrow, Sidney: „Modular Collective Action and the Rise of the Social Movement: Why the French Revolution was Not Enough“. In: *Politics & Society*, 1993, Jg. 21, H. 1, S. 69-90.

Tilly, Charles: *Popular Contention in Great Britain, 1758-1834*. Cambridge: Harvard University Press 1995.